

hinterGRÜNde

INFORMATIONEN AUS BÜRGERSCHAFT UND KREISTAGSFRAKTION

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/
DIE PARTEI IN DER BÜRGERSCHAFT
DER HANSESTADT STRALSUND

LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

FRAKTION IM LANDKREIS
VORPOMMERN - RÜGEN

EDITORIAL

WEHRHAFTE DEMOKRATIE



Jürgen Suhr
Vorsitzender der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Die
Partei in der Bürgerschaft der
Hansestadt Stralsund

Liebe Leserinnen und Leser,

die Mehrheiten im Kreistag und in der Bürgerschaft haben sich mit der Kommunalwahl im Mai 2019 geändert. Wir freuen uns sehr, dass wir nun mit deutlich gestärkten Fraktionen für mehr Klimaschutz, mehr Nachhaltigkeit und mehr soziale Gerechtigkeit eintreten können. Ein Wermutstropfen ist sicher, dass auch die AfD aus der Wahl gestärkt hervorgegangen ist. Das ist bedauerlich, aber wir gehen mit großem Selbstbewusstsein in die Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten. Demokratie muss wehrhaft sein, wir wollen unseren engagierten Beitrag dazu leisten. ◀◀

Mit freundlichen Grüßen

UMFASSENDE TRANSPARENZ

WINDENERGIE VOR DEM DARSS

Der Ausbau der Windkraft stockt. Derzeit gibt es zwar landesweit 1920 Anlagen mit einer Leistung von 3.366 Megawatt, aber wer sich die aktuelle Entwicklung ansieht, wird schnell feststellen, dass aktuell immer weniger Anlagen gebaut werden. Laut dem Bundesverband für Windenergie sind landesweit in MV im Vorjahr nur 38 neue Windkraftanlagen (Gesamtleistung: 127 Megawatt) entstanden. Im Landkreis Vorpommern-Rügen sind es in diesem Jahr ganze 12 Anlagen. Dabei gilt Windkraft als wichtiger und vor allem sauberer Energielieferant und ist für die Energiewende von existenzieller Bedeutung. Ein Küstenland wie Mecklenburg-Vorpommern hat dabei hervorragende Bedingungen, um den vorhandenen Wind optimal zu nutzen. Und auch ökonomisch profitiert Mecklenburg-Vorpommern! Doch warum kommen Landkreise und Kommunen inzwischen nicht mehr so richtig voran?

►► Fortsetzung auf Seite 2

Offshore-Windpark



STRALSUND: AM FISCHMARKT

DURCHGANGSVER- KEHR RAUS AUS DER ALTSTADT!

Anwohner beklagen seit Jahren die unhaltbare Situation in der Wasserstraße und Am Fischmarkt – täglich wälzen sich insbesondere im Berufsverkehr Fahrzeugkolonnen durch diese Schnittstelle zwischen Altstadt und Hafensinsel, führen zu hohen Lärm- und Abgasemissionen. Erschütterungen sind bis in die Wohnungen spürbar. Am Fischmarkt werden die auf dem Ostseeküstenradweg ankommenden Radtouristen über holpriges Kopfsteinpflaster direkt in den entgegenkommenden Autoverkehr geleitet, nachdem eine Seite der ohnehin schmalen Straße auch noch zum Parken freigegeben ist. Und die zwischen Altstadt und Hafensinsel pendelnden Touristen werden nicht selten davon überrascht, dass der Bereich nicht verkehrsberuhigt ist.

Dabei liegt seit 2013 die „Fortschreibung Verkehrskonzept Altstadt Stralsund“ in der Stadtverwaltung vor, die sowohl diese Probleme benennt, als auch Maßnahmen zur Beseitigung oder zumindest Verbesserung vorschlägt. Durchgreifende Maßnahmen sind aber bislang nicht umgesetzt.

►► Fortsetzung auf Seite 3

FISCHE AM ENDE!?

BARTHE

Im Sommer gab es Meldungen über das massive Sterben von Fischen in der Barthe, aber auch in anderen Gewässern im Kreis (z.B. Zipker Bach, Uhlenbäk). Die GRÜNE Kreistagsfraktion wollte die Ursachen wissen. Mögliche Gründe seien unzulässige Einleitungen in die Gewässer, geringe Fließgeschwindigkeiten und damit einhergehender Sauerstoffmangel, so die Antwort des Landrates. Zudem verweist er auf die Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) und die ausstehende Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Durch den BÜNDNISGRÜNEN Vorsitz des Ausschusses für Umwelt können wir dem Thema die Aufmerksamkeit geben, die es verdient. Die Kreistagsfraktion wird sich weiterhin für die Renaturierung der Gewässer einsetzen und Fehlentwicklungen und Probleme thematisieren, damit die Fische in unseren Gewässern nicht am Ende sind. ◀◀



Anfrage zum
Fischsterben



Tote Fische auf der Barthe

So finden Sie uns:

**Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Kreistag Vorpommern-Rügen**

Alter Markt 7

18439 Stralsund

Tel.: 0049 3831 4847981

Mail: kreistagsfraktion@gruene-vr.de

www.gruene-vr.de/kreistagsfraktion

**Bündnis 90/Die GRÜNEN/Die Partei
Bürgerschaftsfraktion**

Rathaus, Alter Markt 1

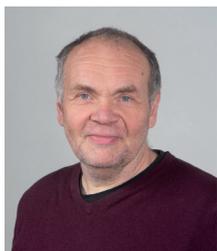
18439 Stralsund

Tel.: 0049 3831 252236

Mail: gruene.fraktion@stralsund.de

www.gruene-fraktion-stralsund.de

WINDENERGIE VOR DEM DARSS



◀
Dirk Niehaus
Vorsitzender im Ausschuss
für Umwelt, Landwirt-
schaft, Fischerei- und
Forstwirtschaft des
Kreistages

Immer mehr Menschen gehen gegen Planungsverfahren rechtlich vor. Inzwischen wird in Mecklenburg-Vorpommern jede achte Anlage mit Rechtsmitteln angefochten. Offensichtlich ist es der Politik bis heute nicht gelungen, für die Windkraft eine Lanze zu brechen, um einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise zu leisten und Bürgerinnen und Bürger von der Notwendigkeit zu überzeugen. Und das von der Landesregierung mit großem Aufwand vorgelegte Beteiligungsgesetz greift offensichtlich nicht ausreichend.

Doch der Klimawandel fordert entschiedenes Handeln. Kernspaltung in Form von Atomenergie ist keine Option. Atomkraftwerke sind nicht beherrschbar und darüber hinaus beschert uns die Strahlenproblematik

eine Umwelt- und Gesundheitsbelastung für viele Generationen. Kernfusion steht gerade erst am Anfang der Forschung. Die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie muss also mit Entschiedenheit vorangetrieben werden, wenn wir die Erderwärmung auf unter 2 Grad begrenzen wollen.

Eine bedeutende Option ist die Offshore-Windenergie auf See. Seit 2011 ist Baltic 1 am Netz und deckt mit seinen ca. 16 km vor der Küste liegenden 21 Windenergieanlagen

Windkraft: Ostseepower und Klimaschutz

Ca. 12 Kilometer vor dem Darß und 24 Kilometer vor Hiddensee soll der Windpark Gennaker gebaut werden. 103 Windkraftanlagen mit einer Höhe von je 175 Metern werden ca. 865 Megawatt Strom produzieren. Das entspricht etwa dem Stromverbrauch von Frankfurt am Main, der Stadt, die mit einer Flächennutzung von 600.000 m² die Hauptstadt der (extrem stromintensiven) Rechenzentren genannt wird. Hier arbeiten täglich nicht nur ein Teil der ca. 400.000 Einpendler, sondern auch die 750.000 Einwohner müssen täglich mit Strom versorgt werden. Zurück zu den Rechenzentren: Die jährliche Investitionssumme in diesem Bereich beträgt mehr als 350.000.000,- Euro pro Jahr.

den Strombedarf von etwa 50.000 Haushalten. Das Erweiterungsprojekt ist derzeit in der Planung, weitere 103 Anlagen mit noch höherem Energieertrag sollen entstehen. Es wäre ein Meilenstein für die erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern. Doch auch hier regt sich Widerstand. Perrow, Zingst und andere Gemeinden auf dem

Darß sehen negative Auswirkungen auf den Tourismus und eine erhöhte Gefahr für möglich Schiffsunfälle in der Kadetrinne. Die Haltung der GRÜNEN Kreistagsfraktion ist klar. Wir wollen den Klimawandel so früh wie möglich stoppen, denn das ist die größte Gefahr, die unseren Kindern und nachfolgenden Generationen droht. Klimakiller Nr. 1 ist die Kohle, aus der wir nur schnellstmöglich aussteigen können, wenn wir die Energieversorgung vor allem durch Wind und Sonne

gewährleisten.

Aber es darf keinen Zweifel geben. Bei den Planungsverfahren müssen Bürgerinnen und Bürger umfassende Transparenz zu den Planungen erlangen. Und auf Land sollen sie die Möglichkeit erhalten, sich auch finanziell an den Windenergieerträgen zu beteiligen. Denn nur mit

gesellschaftlicher Akzeptanz wird es was mit der Energiewende und der Bekämpfung der Klimakrise!

Die große Mehrheit des Kreistages sprach sich jedoch am 9. Dezember 2019 gegen die Windparkerweiterung aus. Die GRÜNE Kreistagsfraktion hat dem Ablehnungsbeschluss nicht zugestimmt. ◀◀

DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

ST.-JÜRGEN-FRIEDHOF

►
Friederike Fechner
Mitglied der Bürgerschaft
und des Kulturausschusses,
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN/ Die Partei



◀
Trauriger Anblick auf dem
St.-Jürgen-Friedhof

Anfrage zum
St.-Jürgen-Friedhof



Hierzu Friederike Fechner, GRÜNES Mitglied der Bürgerschaft und des Kulturausschusses:

„Die Fortschritte im Bereich der Gartendenkmalpflege und die umfassende Unterstützung durch ehrenamtliche Initiativen sind großartig und dafür danken wir allen Beteiligten herzlich.

In Bezug auf die Wiederherstellung und Pflege der Grabsteine, der Inschriften und der größeren Grabbauten ist jedoch weiterhin viel zu tun. Für eine angemessene und für die Stralsunder*innen und Touristen erlebbare Erinnerungskultur sind neben der wichtigen Sicherung der Grabsteine und Inschriften auch die geplante Erschließung des Friedhofes mit Informationstafeln und einem neuen Rundweg weiter voranzubringen. Eine Erhöhung des Tempos hierbei wäre wichtig, um nicht noch weitere wertvolle Grabsteine und Inschriften von bedeutenden Stralsunder Persönlichkeiten zu verlieren.“ ◀◀



DURCHGANGSVERKEHR RAUS AUS DER ALTSTADT!

Weder die Tempo-20-Zone innerhalb der Altstadt noch die Ausweisung der Wasserstraße als Sackgasse wurden in Angriff genommen, obwohl der Nutzen der Maßnahmen als sehr hoch eingestuft wird. Die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion zeigt, dass schon durch eine Sperrung der Wasserstraße in Nord-Süd-Richtung eine Entlastung um 4.400 Autos pro Tag in der Wasserstraße und bis zu 3.000 Autos pro Tag am Fischmarkt möglich wäre.

Aus Sicht der GRÜNEN Fraktion macht aber dort nur die vollständige Verkehrsberuhigung Sinn. In einer historischen Altstadt mit Welterbestatus muss man den PKW- und LKW-Verkehr viel umfassender reduzieren. Eine geeignete Maßnahme wäre die Einrichtung einer Fußgängerzone Am Fischmarkt, die durch Radfahrer genutzt werden



Am Fischmarkt – ein gefährliches Pflaster für Radfahrer

kann. Ein Fischmarkt, geprägt von einer einladenden (Außen-)Gastronomie und einer hohen Aufenthaltsqualität, in der Fußgänger und Radfahrer ein gutes Platzangebot nutzen können, würde zu einer noch attraktiveren Altstadt führen und wäre eine geeignete Entlastungsmaßnahme.

Doch man darf die Augen auch nicht davor

verschließen, dass dies zu einer Verlagerung auf die Straßen führen würde, die die Altstadt umgeben. Würde man den Durchgangsverkehr unterbinden, ergäbe sich lt. Stadtverwaltung ein Plus im Frankenwall von 5.300 auf ca. 11.000 Kfz im Abschnitt Frankendamm bis Kreisverkehr K.-Marx-Straße und sogar von 8.000 auf 25.000 Kfz im Abschnitt Kreisverkehr bis Tribseer Damm.

Der Kfz-Verkehr muss daher grundsätzlich reduziert werden und da gibt es noch erhebliche Potenziale. Carsharing, ein leistungsfähigerer Nahverkehr, P&R oder eine deutliche Verbesserung der Radinfrastruktur sind dringend erforderlich. Das wird auch klar, wenn man sich einmal die Zahlen in unserem Infokasten zu Gemüte führt. ◀◀

Knapp 30.000 Kfz sind in Stralsund angemeldet, während man beim Carsharing in Stralsund nur auf 1 Anbieter (Flinkster) mit derzeit 3 Fahrzeugen zurückgreifen kann. Immerhin ca. 5.000.000 Millionen Passagiere transportiert der ÖPNV pro Jahr in Stralsund. Das ist beachtlich! Nachts wird es aber auch für das ÖPNV-Angebot mit nur 1 Nachtlinie ganz düster. Brachte das Anrufsammeltaxi in 2016 immerhin noch mehr als 5.000 Personen auf 2 Linien nach Hause, so entfiel dieses Angebot danach. Ganze 3 Abfahrten bietet die Nachtbuslinie 60 inzwischen, jeweils am Samstag sind es 5, viel zu wenig, um ein attraktives ÖPNV-Angebot vorzuhalten. Immerhin fährt fast jeder 3. mit dem Rad. Aber deutlich wird, dass man für die 60.000 Stralsunder und ihre 527.000 (Übernachtungs-)Gäste noch deutlich mehr tun muss.

KÜSTENSCHUTZ IN UNSEREM LANDKREIS

DÜNENZÄUNE VERSCHWUNDEN – WIR FRAGEN NACH



Albrecht Kiefer
Mitglied der
BÜNDNISGRÜNEN
Kreistagsfraktion

Im Sommer erreichte uns die Frage, wo die Dünenzäune an den Stränden unserer Küste geblieben sind. Besonders auf dem Darß fiel auf, dass zunehmend Badegäste in den vor dem Wind schützenden Dünen lagerten. Bis vor einigen Jahren hielten Drahtabspannungen Unbedachte davor ab, die Dünen zu betreten. Die Pflege der Dünenzäune übernahmen bis dahin die Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (StALU), mit Ausnahme der Strände des Nationalparks. Dann stellte das StALU diese

Arbeiten ein und bot den zuständigen Gemeinden lediglich die Materialien an. Diese fühlen sich in der Regel mit der Aufgabe überfordert. Mit Ausnahme einiger Gemeinden im Kreisgebiet beschränkte man sich auf die Einzäunung der Dünenübergänge.

Die Dünenzäune im Bereich des Nationalparks wurden jahrelang von den Mitarbeitern des Nationalparkamts vor der Saison auf- und im Herbst wieder abgebaut. Vor 3 Jahren war dann auch das Nationalparkamt aufgrund von Personalkürzungen hierzu nicht mehr in der Lage. Zum großen Bedauern des Amtsleiters G. Haffner, der die Wirkung der Drahtzäune als sehr effektiv einschätzt. Unstrittig ist, dass eine intakte Düne dem Hochwasser sehr viel mehr Widerstand bietet, als eine durch wilde Pfade und Sandkuhlen angreifbare.

Ganz und gar unverständlich ist es, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern mehr als 40 Mio Euro Bundesmittel für den Küsten-

schutz nicht abgerufen hat, weil die Fördermittelverfahren innerhalb eines halben Jahres nicht umsetzbar gewesen wären.

Aktuell wurde im Kreistag am 9.12.2019 der Landrat beauftragt, diese Problematik an das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt heranzutragen und Lösungen einzufordern.

Wir bleiben am Thema dran und werden uns weiter für den Küstenschutz einsetzen. ◀◀



Einfach, aber wirkungsvoll – Drahtabsicherungen an den Dünen

Anfrage zum
Dünenschutz



STRALSUND



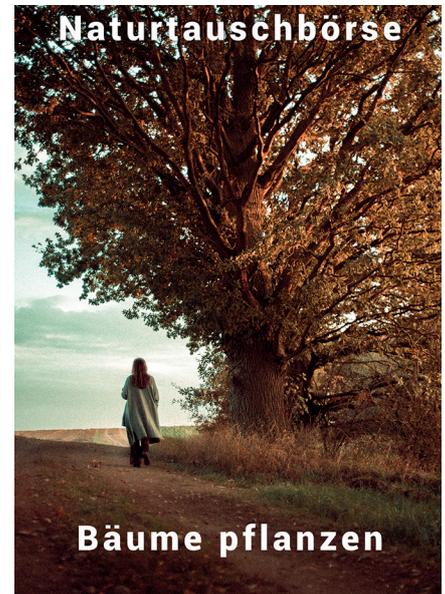
◀ Josefine Kümpers
Mitglied der GRÜNEN
Bürgerschaftsfraktion

Unter dem Titel „Einheitsbuddeln“ haben viele Städte und Gemeinden zum Tag der Deutschen Einheit ihren Einwohner*innen die Möglichkeit gegeben, auf städtischen Grundstücken Bäume zu pflanzen. Die Stadtverwaltung wollte sich dieser Initiative der Partnerstadt Kiel aber nicht anschließen. Mit einem Antrag in der Bürgerschaft will die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion nun erreichen, dass die Hansestadt ihren Bürger*innen Flächen für Baumpflanzungen bereitstellt. Denn nicht Jeder hat privat diese Möglichkeiten. Bürgerschaftsmitglied Josefine Kümpers begründete den Antrag ausführlich in der Bürgerschaft: „Die Baumpflanzungen durch Jedermann sind eine gute Möglichkeit, alle Bürger*innen aktiv an der

Gestaltung der Stadt teilhaben zu lassen und gleichzeitig auch einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, da die Bäume CO₂ speichern können.“ Der Antrag wird nun im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung weiterbehandelt – hoffentlich mit dem Ergebnis, dass demnächst mit den privaten Pflanzungen gestartet werden kann.

Wer nicht länger warten will, kann schon jetzt aktiv werden und etwas für den Klimaschutz tun. Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion unterstützt die Idee einer „NATURTAUSCHBÖRSE“, bei der ein Fleckchen Erde auf einem privaten Grundstück gegen ein Bäumchen getauscht wird – also ein Tausch von Natur „gegen“ Natur. Und das funktioniert so: Wer ein freies Plätzchen auf seinem Grundstück hat, welches mit einem Bäumchen bepflanzt werden soll, schickt ganz einfach eine E-Mail an gruene.fraktion@stralsund.de. Das Gleiche gilt für diejenigen, die gerne ein Bäumchen pflanzen wollen, aber keine Fläche haben. Beide Seiten werde dann zusammengebracht und können sich über die Pflanzung verständigen. ◀◀

Antrag zu
Baumpflanzungen



▲ Naturtauschbörse - Eine Idee mit Zukunft

KURABGABEREGELUNG IM LANDKREIS

MODELLREGION WEITER DENKEN



◀ Kai Danter
Vertreter im Ausschuss
für Mobilität der
BÜNDNISGRÜNEN
Kreistagsfraktion

Der Landkreis Vorpommern-Rügen verfügt mit der Insel Rügen und der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst sowie der Welt(kultur)erbe-Stadt Stralsund über wichtige Touristenzentren. Diese Küstenzentren strahlen in den gesamten Landkreis aus. Diese Ausstrahlungskraft muss genutzt und verstärkt werden, beispielsweise durch die Einführung einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Touristen. Für die Finanzierung einer solchen „ÖKURKarte“ für Touristen müssen neue Konzepte entwickelt wer-

Kurabgabefreiheit für „Einheimische“?

Nach § 22 Landeswassergesetz M-V darf jedermann die Küstengewässer unentgeltlich zum Baden und zum Wasser- und Eissport benutzen und hierzu den Strand betreten. Nur wer über das Umziehen zum Baden hinaus längere Zeit am Strand verweilt, nutzt diesen als Kureinrichtung, und muss Kurabgabe entrichten. Auch das Wandern entlang des Strandes darf nicht verhindert oder abgabepflichtig gemacht werden.

den. Nach den geltenden Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes Mecklenburg-Vorpommern dürfen nur Gemeinden eine Kur- oder Fremdenverkehrsabgabe erheben, die als Kur- oder Erholungsort staatlich anerkannt sind. Dementsprechend fehlen zur flächendeckenden Finanzierung Gelder der Gemeinden, die nicht über die Einnahmen verfügen. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine gemeinsame regionale Finanzierung von Tourismuseinrichtungen (noch) nicht umsetzen. Für die finanzielle Umsetzung

dieser großen Entwicklungschance bedarf es vielmehr der Ausweisung des Landkreises als Modellregion. Im Rahmen dieses Projektes könnte dann eine Tourismus-Agentur die Zusammenarbeit der einzelnen gemeindlichen Kurbetriebe oder Tourismuszentralen koordinieren, Erfahrungen aus anderen Bundesländern bündeln und daraus für unseren Landkreis ein neues Finanzierungsmodell erstellen. ◀◀

IMPRESSUM

Herausgeber der Ausgabe I/2019:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund und

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, Rathaus, Alter Markt 1, 18439 Stralsund

Redaktion: Kai Danter, Friederike Fechner, Albrecht Kiefer, Josefine Kümpers, Dirk Niehaus, Axel Peters, Sally Raese, Peter Schrewe, Jürgen Suhr, Petra Voß, Heiko Werner, Tobias Wilmes

V.i.S.d.P.: Sally Raese, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund